

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabenellen und Filialen monatl. 3.50 zł. mit Zustellgeld 30 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł. vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifenband monatl. 7.50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 60%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528.

Nr. 192

Bydgoszcz / Bromberg, Dienstag, 24. August 1937.

61. Jahrg.

Holunder-Freundschaften.

Wenn du den Paul den Peter rühmen hörst, so wirst du finden, rühmt Peter den Paul wieder, und das heißen sie dann Freunde. Und ist oft zwischen ihnen weiter nichts, als daß einer den andern fragt, damit er ihn wieder trage und sich so einander wechselseitig zum Narren haben, denn wie du siehst, ist hier, wie in vielen anderen Fällen, ein jeder von ihnen nur sein eigener Freund und nicht des anderen. Ich pflege solch' Ding „Holunder-Freundschaften“ zu nennen. Wenn du einen jungen Holunderzweig ansiehst, so sieht er feinstämmig und wohlgegründet aus; schneidest du ihn aber ab, so ist er innen hohl und ist ein trockener Schlammig Wesen darin.

Matthias Claudius.

Eine deutsche Feststellung.

Die Deutsche Diplomatische Korrespondenz schreibt:

Wenn man die gegenwärtig in der internationalen Diskussion wieder so zahlreich angestellten Erörterungen und Untersuchungen über die Besserung der zwischenstaatlichen Verhältnisse und die Schaffung einer Vertrauensatmosphäre unter den Nationen verfolgt, dann drängt sich eine Feststellung immer wieder auf: die Tatsache nämlich, wie wenig man zumeist der großen Bedeutung des Minderheitenproblems für das zwischenstaatliche Leben gerecht wird. Diese hartnäckige Uninteressiertheit eines großen Teils der politischen Welt ist nicht nur auffällig, sondern auch bedauerlich. Denn es ist gar keine Frage, daß auch noch so gut gemeinte zwischenstaatliche Befriedungsversuche immer wieder Rückschläge, psychologisch und materiell, erfahren müssen, solange nicht durch eine loyale Regelung der Minderheitenprobleme ein zureichender Anlaß zu Verbündungen und Verstärkungen unter den Nationen aus der Welt geschafft wird.

Man wird auch nicht gut sagen können, daß das Problem des Minderheitenschutzes, wenn man den tatsächlichen Stand der Dinge im europäischen Umkreis ansieht, etwa an Dringlichkeit und Aktualität verloren hätte. Trotz aller internationalen und völkerrechtlichen Anerkennung der Minderheitenrechte und trotz beschönigender Erklärungen und Versicherungen so mancher Regierungen liegt das Schicksal der nationalen Volksgruppen in den verschiedensten Ländern nach wie vor im argen. Daß dieser unbefriedigende Zustand gerade auch von Deutschland mit seinem zahlreichen in den verschiedensten Fremdstaaten lebenden Volkstum nicht übersehen werden kann und auch schmerzhaft empfunden werden muß, liegt auf der Hand. Gerade deshalb ist die kürzliche Erklärung des ungarischen Innenministers von Szell über den Minderheitenschutz von deutscher Seite voll anerkannt und als besonders erfreulich und beispielgebend angesehen worden. Eine loyale Behandlung der Minderheiten ist ja nicht nur der moralische Ausgangspunkt für entsprechende Forderungen an andere Staaten. Achtung fremder Kultur und Sicherung ihrer Grundrechte in einem Lande wird darüber hinaus stets ein sicheres Mittel sein, um wahre Freundschaft und aufrichtiges Vertrauen zwischen den Nationen herzustellen.

Die Minderheitenpraxis mancher Staaten erweckt hingegen geradezu den Eindruck, als ob sie in dem Bestehen von Minderheiten nur ein leidiges Übel erblickten. Wieviel vielfach die systematische Schädigung und Entrechtung der Minderheiten geht, dafür liefert das Nachrichtenmaterial der Tagespresse immer wieder erschütternde Belege. Dabei verdient ein, wenn auch schon etwas zurückliegender, Vorgang als besonders trübseliges Symptom des Geistes der Unbuddsamkeit festgehalten zu werden. Bei den kürzlich in verschiedenen Teilgebieten Rumaniens durchgeführten Bezirksrat- und Gemeinderatswahlen wurden dem deutschen Element beratige Schwierigkeiten gemacht, daß von der Wahlübung — immerhin ein verbrieftes Staatsbürgerrecht — überhaupt keine Rede mehr sein konnte, weil die Deutschen nicht einmal zu den Wahllokalen gelangen konnten.

Solche Vorkommnisse, sagt die offiziöse deutsche Stelle abschließend, sind Symptome, die beweisen, wie es nicht gemacht werden darf, wenn man zum inneren und äußeren Frieden gelangen will. Sie beweisen aber auch, wie notwendig die moralische Abrüstung und der Abbau eines ungezügelter Chavvinismus als wesentliche Voraussetzung internationaler Entspannungsbemühungen sind. Es wäre nur gut, wenn diejenigen, die an der Herstellung einer Vertrauensatmosphäre und wahren Verständigung unter den Völkern arbeiten wollen, endlich einmal dieser Seite des Problems die Aufmerksamkeit zuwenden würden, die seiner Bedeutung entspricht.

Entscheidender Kurswechsel in der Tschechoslowakei?

Der Pariser Korrespondent des Krakauer „Austrowang Kurjer Codzienny“ berichtet seinem Blatt:

„Trotz der Spannung, die von den Vorgängen im Fernen Osten ausgeht, lenken die politischen Kreise in Paris ihre Aufmerksamkeit in unvermindertem Maße nach Mitteleuropa. Das Hauptinteresse erweckt hier der letzte parteipolitische Zwist in der Tschechoslowakei, der in schwere innerpolitische Zerwürfnisse auszuarten scheint. Wenn die französische Presse diese Dinge auch zunächst zu verschweigen oder doch zu verharmlosen sucht, so befürchtet man in außenpolitischen Kreisen Frankreichs schwere Erschütterungen in der Tschechoslowakei, die sogar die Stellung des Staatspräsidenten Dr. Beneš schwächen und eine vollständige Umstellung der Politik der Agrarpartei zur Folge haben könnte.“

In Frankreich ist man davon überzeugt, daß schon in absehbarer Zeit in der Tschechoslowakei eine Krise der gegenwärtigen Regierungskoalition dadurch eintreten muß, daß die tschechischen Agrarier zur Opposition übergehen werden. Schon seit vielen Tagen spricht man in Prag von der Notwendigkeit einer Regierungsumbildung. Dabei sollen die Kandidaten der Agrarier

aus ihren Ministeresseln und zwar aus dem Ministerium für Inneres, für Landwirtschaft und aus dem Kriegsministerium entfernt werden. Eine solche Änderung muß nach Auffassung französischer Außenpolitiker die Regierungsmehrheit in der Tschechoslowakei zertrümmern. Die Folge davon wäre, daß

auch die tschechische Außenpolitik eine grundsätzliche Änderung

erfahren müßte. Diese Umstellung bliebe nicht ohne Einfluß auf die Rolle, die Frankreich in Mitteleuropa spielt. In französischen politischen Kreisen besaß man sich gleichfalls mit den innenpolitischen Fragen Polens, wobei man darauf hinweist, daß eine politische Änderung im Herbst zu erwarten ist. Dabei wird in Frankreich jede Kleinigkeit notiert, die irgendwie auf eine Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen hindeuten könnte. Man versucht in Paris die These aufzustellen, daß die Verständigung zwischen Berlin und Warschau nur einen Konjunkturcharakter trage.

Man besaß sich in Paris auch mit dem rumänischen Problem. Die Franzosen glauben eine Besserung der Beziehungen zwischen Bukarest und Paris festzustellen.

Neue Kriegskredite Japans.

Tokio, 23. August. (P.M.) Die Zeitung „Asahi“ teilt mit, daß das japanische Kriegsministerium den Antrag gestellt habe, das japanische Parlament möge weitere zwei Milliarden Yen zur Deckung der Kriegskosten bis Renjoh gewähren. In der vergangenen Woche wurden bekanntlich vom Kriegsministerium nur 500—600 Millionen Yen gefordert. Um die Einberufung einer neuen außerordentlichen Session zu vermeiden, fordert das japanische Kriegsministerium diejenigen Mittel, die bis Januar 1938 reichen würden. Erst dann tritt das japanische Parlament zu einer Session zusammen. Im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen wurden bisher 526 Millionen Yen als Kriegsausgaben gewährt. Die Höhe der neuen Forderungen scheint darauf hinzuweisen, daß Japan tatsächlich die allgemeine Mobilisierung ankündigt wird.

Die gleiche japanische Zeitung weist darauf hin, daß Japan in den nächsten Tagen auf die britische Note bezüglich der Entschädigung der britischen Staatsbürger in China verurteilten Schäden antworten werde. Japan dürfte in seiner Antwort darauf hinweisen, daß die japanischen Truppen kein einziges britisches Gebäude besetzt halten; demzufolge sei Japan nicht verpflichtet, Entschädigung für Kriegshandlungen zu zahlen. Die englischen Forderungen seien unbegründet.

Kriegszustand in Korea!

Der Kommandeur der japanischen Truppen in Korea hat über das ganze Land den Kriegszustand verkündet. Insbesondere soll die Luftverteidigung verstärkt werden, damit jeder chinesische Luftangriff unmöglich gemacht wird. Begründet wird diese Maßnahme mit der Möglichkeit einer weiteren Verschärfung des chinesisch-japanischen Konflikts.

Japanische Truppen können nicht landen.

Schanghai, 23. August. (P.M.) Die chinesische Agentur „Central News“ teilt mit, daß die japanischen Truppen, die vor drei Tagen bei Schanghai eintrafen, den Versuch unternahmen, unter dem Schutz des japanischen Artilleriefeuers zu landen. Alle diese Versuche sind jedoch von der chinesischen Artillerie und Infanterie vereitelt worden. Die japanische Regierung soll den Befehlshaber der japanischen Truppen in Schanghai, Admiral Hasegawa, den Auftrag erteilt haben, eine Verklärung der Front vorzunehmen, um durch die stärkere Konzentrierung der japanischen Truppenteile die Landung zu erzwingen.

Man berechnet die Stärke der japanischen Truppen in Nordchina auf 150 000 Mann. Täglich treffen neue Truppeinheiten durchschnittlich in Stärke von 8000 Mann ein.

Kämpfe an der Bahnlinie Peiping-Hankau.

Schanghai, 23. August. (P.M.) Aus Peiping wird über große Kämpfe an der Bahnlinie Peiping-Hankau in der Nähe von Lianghsang berichtet. In Peiping herrsche Ordnung, die von dem „Friedenskomitee“ und von der unter japanischem Befehl stehenden Polizei aufrecht erhalten wird. Die japanischen Truppen schieben sich weiterhin von Tientsin nach Taku vor. Die Stärke der japanischen Truppen in der Provinz Hopei wird auf 100 000 Mann geschätzt.

Am Sonntag ist wieder ein Artillerie-Geschoss im Zentrum der Internationalen Niederlassung explodiert. Die Herkunft des Geschosses konnte noch nicht festgestellt werden. Am Sonntag vormittag ist nach vorübergehender verhältnismäßiger Stille die Artillerietätigkeit in voller Stärke wieder aufgenommen worden. Die chinesischen Batterien nehmen das japanische Konsulat ununterbrochen unter Feuer. Eines der Geschosse

explodierte auf einer Reede, die Eigentum einer britischen Handelsgesellschaft ist.

Der „Geist der Samurai“.

Tokio, 23. August. (P.M.) Einer der hervorragendsten japanischen Flieger hat Vertretern der Weltpresse gegenüber folgende Erklärung abgegeben:

„Am Sonnabend vernichteten die japanischen Flieger den größten Teil der chinesischen Flughäfen. Die japanische Bevölkerung bewundert den „Geist der Samurai“, von dem die japanischen Flieger erfüllt sind. Sie nehmen keinen Fallschirm mit, sondern nur einen Dolch, um für den Fall einer Notlandung nach vorheriger Vernichtung des Flugzeuges und der Dokumente Harakiri zu begehen. Die ersten Verluste der japanischen Fliegerei seien den außerordentlich ungünstigen atmosphärischen Bedingungen zuzuschreiben.“

Keine deutschen Offiziere an der Front.

Französische Blätter verbreiteten Nachrichten, nach denen deutsche Offiziere, beziehungsweise Instruktionen bei den chinesisch-japanischen Auseinandersetzungen in Schanghai auf chinesischer Seite kämpften oder teilweise das Kommando führten.

Von Berliner zuständigen Stelle wird diese Behauptung zurückgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß sich in China nicht nur deutsche, sondern auch englische, italienische und amerikanische Berater für militärische Fragen aufhielten, die aber nach den vorliegenden Informationen ebenfalls nicht an der Front, sondern im Innern des Landes weilten.

China verläßt sich nicht mehr auf den Völkerbund.

Nach einer Londoner Meldung wird im dortigen chinesischen Kreise angedeutet, daß China im Sinne des Art. 17 des Völkerbundes in der nächsten Zeit an den Völkerbund appellieren dürfte. Aus einer solchen gehaltenen Rede des chinesischen bevollmächtigten Ministers für den Völkerbund Dr. Hoo im internationalen Studentenheim in Genf ist der zurückhaltende Standpunkt Chinas gegenüber der Genfer Einrichtung zu erhellen. Dr. Hoo erklärte: Wir wollen nicht die Fehler wiederholen, die wir in der Mandschurien begangen haben, wo wir uns auf die Verträge im Sinn der Empfehlungen des Völkerbundes, die Lage nicht zu verschlechtern, verlassen und solange nachgegeben haben, bis die ganze Mandschurien vom Feinde besetzt war. Im Leben des Volkes gibt es ebenso wie im Leben jedes Einzelnen Augenblicke, in denen wir bereit sein müssen zu sterben, um unser Leben zu verteidigen, und China wird sein Leben verteidigen wie vor viertausend Jahren. Dr. Hoo erläuterte, warum China noch nicht an den Völkerbund appelliert hat, und führte unter Hinweis auf Artikel 17 des Paktes an, daß Japan nicht mehr Mitglied der Genfer Institution sei; auch seien die Erfahrungen, die nicht nur China, sondern noch andere Mitglieder mit dem Völkerbund gemacht haben, keine Aufmunterung, um sich neuerlich lediglich auf den Völkerbund zu verlassen. „Ich will nicht sagen, daß China nicht an den Völkerbund appellieren werde; aber ich will ausdrücklich betonen, daß China sich auf die Genfer Sprüche nicht mehr verlassen kann.“

Solidarität der polnischen Juden.

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur meldet, hat der jüdische Sejmabgeordnete Sommerstein im Warschauer Außenministerium vorgeschlagen und die Lage der polnischen Juden in Deutsch-Oberschlesien zur Sprache gebracht. Der jüdische Abgeordnete verlangte vom polnischen Außenminister, daß er zugunsten der polnischen Juden in Deutsch-Oberschlesien beim Deutschen Auswärtigen Amt vorstellig werde. Welche Antwort Außenminister Bede gegeben hat, wird von der Jüdischen Agentur nicht berichtet.

wenn Sie ständig in der
„Deutschen Rundschau in Polen“
 inserieren.

